

KOMMENTARE

Zur Krise in Frankreich:

Schlappe für Macron

Von Peter Heusch

Ob linke oder rechte Populisten, ob Sozialisten oder Konservative, Gewerkschaften oder Eisenbahner – alle haben sie sich an Emmanuel Macron die Zähne ausgebissen. Eineinhalb Jahre regierte Frankreichs junger Präsident ungerührt über alle Widerstände hinweg. Doch nun ist es ausgerechnet den Gelben Westen, einer spontanen Protestbewegung, gelungen, ihr Staatsoberhaupt in die Schranken zu weisen.

Das Aussetzen der geplanten Kraftstoff-Steuererhöhung ist für den selbstbewussten Macron eine herbe Schlappe. Zum ersten Mal ist er eingeknickt, hat sich dem Druck der Straße gebeugt und damit genau das getan, was er seinen Vorgängern immer wieder vorwarf. Macron weiß, dass er mit seinem Zurückweichen nicht nur einen riskanten Präzedenzfall schafft, sondern auch zu seiner eigenen Entzauberung beiträgt. Aber eine echte Wahl hatte er nicht. Der Präsident muss das Feuer austreten, bevor es zum Flächenbrand wird. Seit dem Wochenende nämlich machen auch Landwirte, Brummi- und Krankenwagenfahrer sowie Schüler Anstalten, sich den Protesten der Gelbwesten anzuschließen. Das Risiko, dass sich aus allen Himmelsrichtungen die mit seiner Reformpolitik Unzufriedenen zu einer einheitlichen Protestfront formen, will und kann Macron nicht eingehen. – Seite 4

Zum Digitalgipfel:

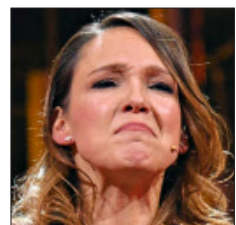
Entwicklungsland

Von Andreas Herholz

Immerhin: Die Bundesregierung hat das Thema erkannt und auf ihre Agenda gesetzt. Und die Kanzlerin räumt ein, dass Deutschland hinterherhinke, mahnt auf dem Digitalgipfel ein höheres Tempo an. Die digitale Revolution ist bereits in vollem Gange, und hierzulande sind Themen wie Künstliche Intelligenz (KI) oft noch Neuland. Dass sich regelmäßig Politik, Wirtschaft und Forschung zu einem Austausch zusammenfinden, um Inventur zu machen und die Agenda weiterzuentwickeln, ist ebenso ein Schritt in die richtige Richtung wie der Einzug des Digitalen ins Kanzleramt. Vergleicht man die Berliner Bemühungen allerdings mit denen in China und den USA, bleibt Deutschland ein Entwicklungsland.

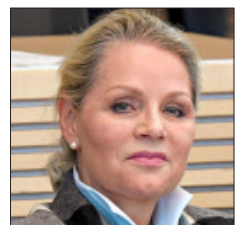
Um das Rennen mit den digitalen Supermächten nicht nur beim Zukunftsthema KI noch aufnehmen zu können, muss weitaus mehr geschehen. KI setzt modernste Infrastruktur des Internets voraus. Von einem leistungsfähigen Netz im 5G-Standard kann man bisher nur träumen. Und wenn viele Schulen auch in Zukunft abgehängt bleiben, sich im Durchschnitt neun Schüler einen Rechner teilen müssen, wird der Aufbruch in die Digitale Zukunft und die Ausbildung von künftigen Gründern noch lange auf sich warten lassen. – Seite 4

GEWINNER

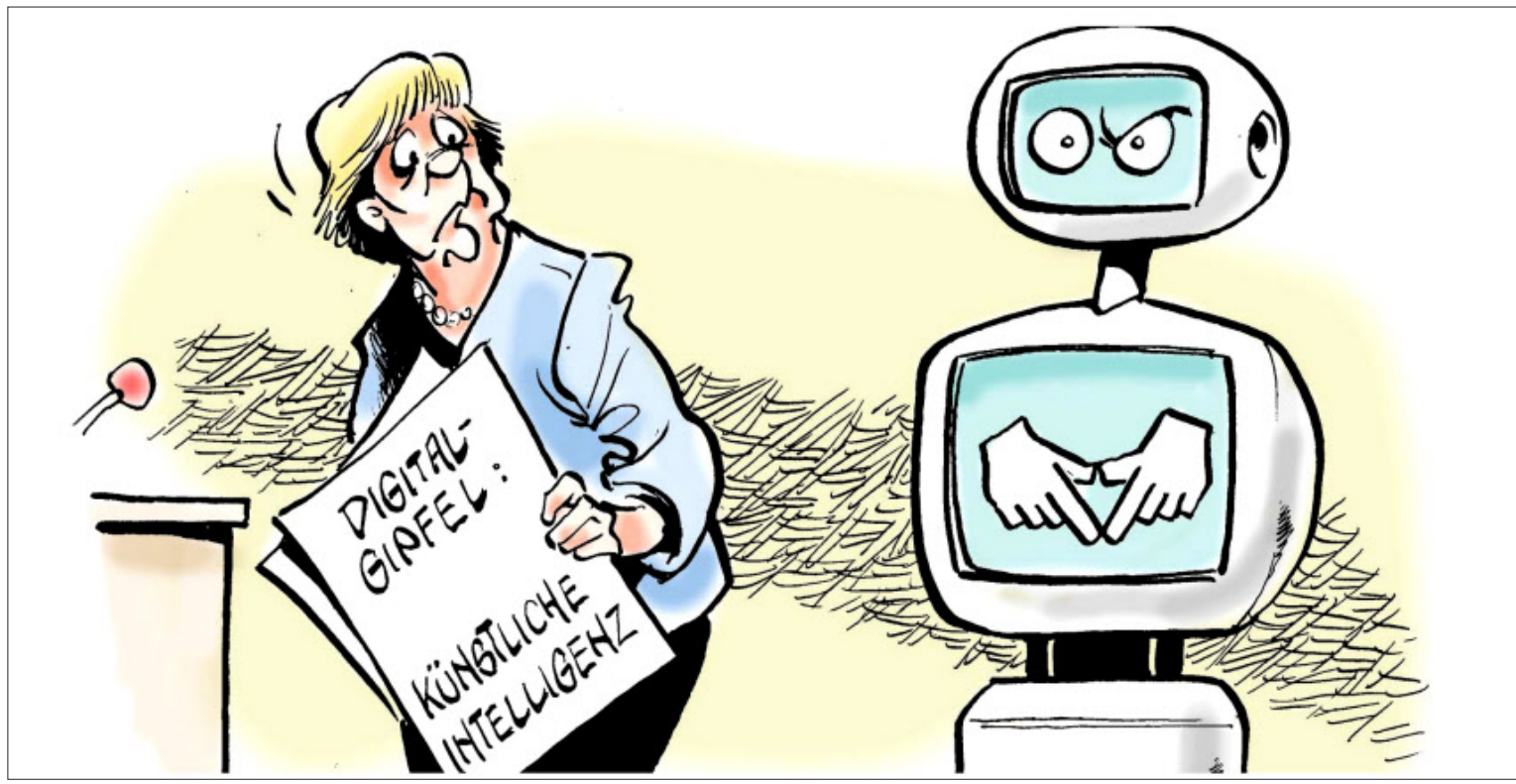


Komikerin **Carolin Kebekus** (38) erhält für ihre Bühnen- und Fernsehshows einen Radio Regenbogen Award. Sie werde in der Kategorie Comedy ausgezeichnet, teilte der private Radiosender gestern in Rust bei Freiburg mit. Kebekus habe die Männerdomäne Comedy konsequent erobert und erreiche unter anderem mit ihrer erfolgreichen Fernsehshow „Pussy Terror TV“ ein Millionenpublikum. – dpa/Foto: dpa

VERLIERER



Die AfD im Landtag von Schleswig-Holstein hat die Landesvorsitzende **Doris von Sayn-Wittgenstein** (64) aus der Fraktion ausgeschlossen. Das bestätigte die Politikerin beim Verlassen einer Fraktionssitzung gestern in Kiel. Hintergrund ist das Verhältnis Sayn-Wittgensteins zu dem vom Verfassungsschutz Thüringen als rechtsextremistisch eingestuften „Verein Gedächtnisstätte“. – dpa/Foto: dpa



– Karikatur: Tomicek

Der große Aufbruch?

In einem Gastbeitrag für die PNP macht sich der bekannte **Politikforscher Prof. Dr. Werner Weidenfeld** Gedanken über die CDU im Vorfeld ihres Wahlparteitags.

Eine Phase des atmosphärischen Wohlbefindens hat die CDU nun absolviert. Parteihistorisch war dies eine Genießerzeit. Gleich drei Kandidaten bewerben sich um den Vorsitz. Man muss schon weit in die Geschichtsbücher der Partei zurückgreifen, um einen ähnlichen Vorgang aufzufinden. Im Jahr 1971 traten der rheinland-pfälzische Ministerpräsident Helmut Kohl und der Bundestagsfraktionsvorsitzende Rainer Barzel gegeneinander an. Der Verlierer Kohl formte daraus dann die Machtarchitektur für seine spätere, höchst erfolgreiche Karriere.

Ein zweites historisches Element verbindet sich mit der Neuwahl im Amt des Parteivorsitzenden: Erstmals gibt anschließend ein Inhaber des höchsten Regierungsamtes diese Bundeskanzlerschaft aus eigenem Entschluss auf. Dies war bei keinem bisherigen Bundeskanzler der Fall. Dies tat kein Konrad Adenauer, kein Ludwig Erhard, kein Kurt-Georg Kiesinger, kein Helmut Kohl – von Willy Brandt, Helmut Schmidt und Gerhard Schröder ganz zu schweigen. Sie alle waren entweder durch ihre Partei oder durch den Wähler zum Rücktritt gezwungen. Das Erlebnis dieser Tage ist also in mehrfacher Hinsicht einzigartig.

Jetzt war das Wohlwollen von Partei und Öffentlichkeit besonders ausgeprägt, weil viele Jahre das Erscheinungsbild der Partei gekennzeichnet war von relativ ruhigem Parteileben, unscheinbaren Ambitionen, grauer Rhetorik, unscharfer

Programmatik. Jetzt schien der Aufbruch in eine neue Epoche angesagt – das Amt der Parteivorsitzenden soll ja mit neuer Besetzung auch die Tür zur Kanzlerschaft öffnen. Die mehr als 200 Anträge, die dem Parteitag vorliegen, zeigen zudem eine neue Lust an der Debatte. Und die drei Kandidaten geben sich alle Mühe, politisch unterhaltsam zu sein. Es blieb kein Moment der Langeweile.

Es geht um viel mehr als um eine Personalfrage

Ist also der große Aufbruch der CDU angezeigt? So nicht – denn es geht dabei um sehr viel mehr als nur um eine Personalfrage im Blick auf den Vorsitz. Es geht um einen anspruchsvollen programmatischen Kraftakt, denn die Problematik des Status quo der Republik erweist sich politisch-kulturell als sehr viel tiefer krisengeschüttelt und demokratisch als sehr viel gefährdeter.

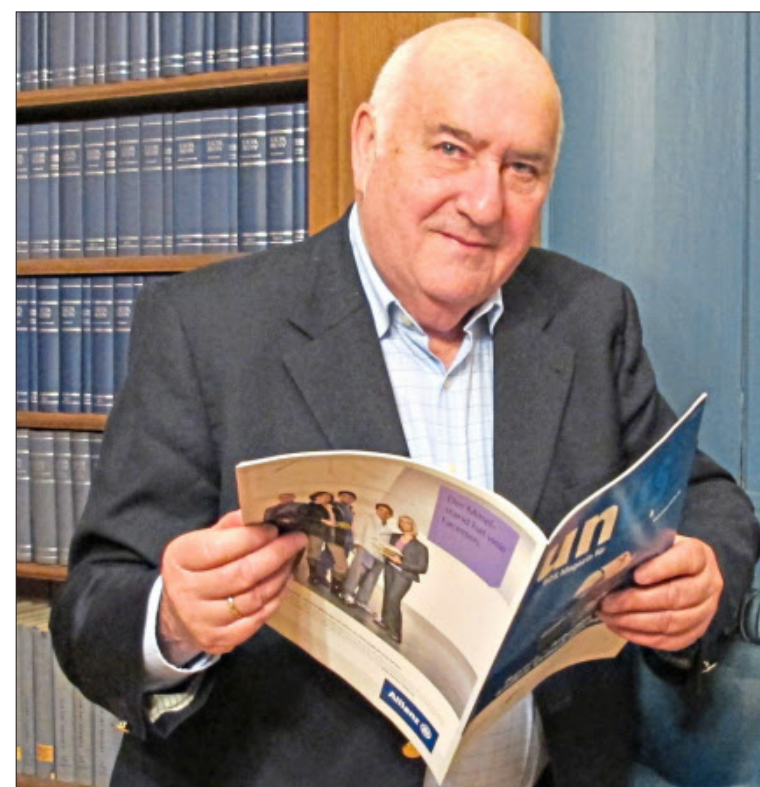
Die Politik begegnet den großen historischen Herausforderungen – von der Digitalisierung bis zur neuen demographischen Komposition, von der neuen Völkerwanderung über die terroristischen Gefahren bis zur aktuellen weltpolitischen Risikolandschaft – entweder mit situativem Krisenmanagement oder mit Ratlosigkeit. Die Sehnsucht der Bürger nach strategischen Zukunftsperspektiven bleibt unbeantwortet. Die Politik nimmt Abschied vom kulturellen Horizont der Orientierungsnotwendigkeit.

Jede Gesellschaft verlangt zum elementaren Verstehen des politischen Lebens Kontexte, Deutungsmuster, Gesellschaftsbilder, Zukunftstrategien. Aber zu alledem ist seit geraumer Zeit nur Fehlanzeige zu registrieren. Das Pokern um Punkte des Alltags allein reicht nicht aus. Das Wabern im politisch-kulturellen Unterfutter weist inzwischen Populismus und Antisemitismus von bemerkenswerter Stärke aus.

Die tiefer gehende Anfrage und weiter reichende Erwartung an die politische Führung der CDU am Ende der Ära Merkel ist nicht von unrealen Ansprüchen getragen. Das zeigt ein Blick in die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland: Ein Konrad Adenauer lieferte nach der abgründigsten und ka-

eindrucksvollen Thema der Geschichtsbücher.

Und wo bleibt diese politische Leistung des großen strategischen Ausblicks heute? Eine Gesellschaft ohne Orientierung ist eine Gesellschaft in Not. Im Wettlauf um die Merkel-Nachfolge scheint die Friedrich Merz noch am ehesten zu spüren. Er



Die neue Führung der CDU muss die Partei aus einer strategischen Not befreien, sagt Prof. Dr. Werner Weidenfeld. – Foto: CAP

tastrophalsten Epoche deutscher Geschichte eine neue Aufbauperspektive. Er bot eine neue Vertrauensarchitektur mit der Einigung Europas und der Westbindung. Er kreierte so – mit Hilfe Ludwig Erhards – das Wirtschaftswunder und gewann bei den Wahlen 1957 sogar die absolute Mehrheit. Ein Helmut Kohl wurde zwar zuerst belächelt wegen seiner Ankündigung von der „geistig-moralischen Wende“. Aber dann war die besondere Resonanz spürbar: „Die Schöpfung bewahren“, „Gesellschaft mit schlichtem Gesicht“. Das waren markante Orientierungshilfen. Und schließlich wurde die Überwindung der Teilung Deutschlands und der Teilung Europas zum

hat in seiner Kandidatenkampagne das Problem umgangssprachlich artikuliert: „Wir haben uns unbequemen Fragen nicht mehr ausreichend gestellt. Die Klarheit der Positionen der CDU hat gelitten. Wir haben viele Menschen mit ihren Sorgen allein gelassen. Und deshalb brauchen wir mehr offene Debatten und eindeutige Standpunkte.“ Ja, das stimmt, aber die Antworten des strategischen Orientierungswissens hat auch er nicht geliefert. Diese flächendeckende Fehlanzeige schmerzt den politischen Beobachter.

Der Kern des Vorgangs ist einfach fassbar: Jede Person und jede Gesellschaft muss permanent die geradezu unendliche Vielzahl eingehender Daten

ZITATE

„Wir wissen: Von Bayern lernen heißt manchmal auch siegen lernen.“
Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier (CDU) beim Digitalgipfel in Nürnberg.

„Die EU-Kommission behandelt Italiener wie Teppichhändler.“

Der italienische Innenminister Matteo Salvini bei einer Veranstaltung in Brüssel zum Umgang der EU mit seinem Land.

„Silvester bleib' ich nüchtern. Aber nur Silvester.“

Komiker Karl Dall (77) über seine Vorsätze zum neuen Jahr.

„Wir leben in Deutschland, und da ist am 3. Dezember hin und wieder Schnee oder Regen.“

Michael Köllner, Trainer des 1. FC Nürnberg, über die widrigen Platzverhältnisse im Fußball-Bundesligaspiel gegen Bayer Leverkusen am Montagabend.

findern und ordnen. Dies gilt insbesondere in Zeiten dramatischer Steigerung der Komplexität. Man denke an Globalisierung und Digitalisierung, an technologischen Fortschritt und demografischen Wandel – der Ordnungsbedarf ist immens. Geschichte und Politik liefern dazu normalerweise Orientierungswissen, das die einzelnen Informationen in verstehende Kontexte einordnet.

Bedarf an Ordnung und Orientierung ist immens

In Zeiten des Ost-West-Konflikts war diese weltpolitische Ordnung eines weltpolitischen Antagonismus eine große Quelle der Orientierung. Als diese Ära einer weltpolitischen Architektur unterging, wurde diese Nachfrage an Orientierung direkter und massiver an innenpolitische Produzenten gerichtet. Die politischen Führungsfiguren der CDU, aber auch der anderen Traditionsparteien beschäftigen jedoch seither die Antennen politischer Aufmerksamkeit weitgehend nur mit machtechnischen Prozeduren und Finessen. Die neue Führung der CDU muss die Partei aus ihrer strategischen Not befreien. Solange dies nicht gelingt, solange die programmatische Orientierungsleistung nicht erbracht wird, wird das Stimmungsmilieu so flüide und so unkalkulierbar bleiben, wie es heute ist.

DER AUTOR

Prof. Dr. Dr. h.c. Werner Weidenfeld (71) ist Direktor des Centrums für angewandte Politikforschung der Universität München sowie Rektor der Alma Mater Europaea der Europäischen Akademie der Wissenschaften und Künste in Salzburg. Von 1987 bis 1999 war der renommierte Politikwissenschaftler zudem Koordinator der Bundesregierung für die deutsch-amerikanische Zusammenarbeit.

Kurz vor der Wahl des neuen Parteichefs nennen immer mehr Führungskräfte der CDU ihren Favoriten.

Von Andreas Herholz

Berlin. Merkel-Vertraute gegen Merkel-Rivalen: Der Countdown für die Entscheidung über den Parteivorsitz der CDU

läuft, und immer mehr der 1001 Delegierten des Hamburger Parteitag und CDU-Führungspersönlichkeiten lüften das Geheimnis, wem sie am Freitag ihre Stimme geben werden. Breite Unterstützung bekommt Kandidat Friedrich Merz aus dem CDU-Landesverband Baden-Württemberg, dem auch Wolfgang Schäuble angehört.

Der Bundestagspräsident hatte gestern in der „FAZ“ für

Merz mobil gemacht, obwohl der Kandidat gerade erst in einer TV-Reportage preisgegeben hatte, dass ein Kanzlerinnen-Sturz Thema in seinen Gesprächen mit Schäuble gewesen sei. Inzwischen werben rund 80 CDU-Politiker aus dem Südbereich für die „Initiative Friedrich Merz“, darunter EU-Kommissar Günther Oettinger, Staatssekretär Thomas Bareiß und der CDU-Fraktionschef im Landtag, Wolfgang Reinhart.

Doch gehören längst nicht alle der Unterzeichner zu den 1001 Delegierten, die in Hamburg über die Nachfolge Angela Merz entscheiden. 154 davon stellt die CDU Baden-Württemberg. Auch die konservative „Werteunion“, die sich immer wieder gegen Merz Kurs in der Flüchtlingspolitik gewandt hat, steht hinter Merz. Ebenso Frankfurts Ex-Oberbürgermeisterin Petra Roth, die glaubt, dass die CDU mit Merz wieder

Großstadtpartei werden könne.

Prominente Unterstützung erhält jedoch auch CDU-Generalsekretärin Annegret Kramp-Karrenbauer, die sich wie Merz und Gesundheitsminister Jens Spahn um den Vorsitz bewirbt: Ausdrücklich Lob für „AKK“, wie sie in der Partei genannt wird, kommt etwa von Schleswig-Holsteins Ministerpräsident Daniel Günther: „Sie hat ihren Job als Generalsekretärin ausgesprochen gut gemacht.“

Die Bekenner machen mobil